

KREIS
SEGEBERG

SPD



**Kommunalpolitische
Ziele zur Kreistagswahl
am 26. Mai 2013**

Inhalt

Präambel	2
I. Wir wollen einen familienfreundlichen Kreis Segeberg	2
I. 1. Wir werden die Kommunen dabei unterstützen, ein ausreichendes, qualitativ hochwertiges und flexibles Angebot von Ganztagsbetreuung in Kitas und Schulen zu schaffen.	2
I. 2. Wir werden die Kommunen dabei unterstützen, schrittweise die Elternbeiträge für die Kitas abzuschaffen.	4
I. 3. Wir werden die Eltern von der Beteiligung an den Schülerbeförderungskosten befreien.	4
I. 4. Wir werden den Einsatz von Sozialpädagogen an allen allgemeinbildenden, beruflichen und Förderschulen erhalten und – bei Bedarf – ausbauen.	4
I. 5. Wir werden die offene Jugendarbeit stärken.	4
I. 6. Wir werden die Gründung von Bündnissen für Familien unterstützen.	4
I. 7. Wir werden familiengerechten Wohnraum fördern	5
II. Wir wollen einen lebenswerten Kreis Segeberg	5
II. 1. Wir wollen für Menschen da sein, die besondere Hilfe brauchen.	5
II. 2. Wir werden – verteilt über den Kreis – Beratungszentren einrichten für Menschen, die Unterstützung für ein selbstbestimmtes Leben benötigen.	6
II. 3. Wir werden uns der Veränderung durch die demographische Entwicklung stellen	7
II. 4. Wir werden uns für bezahlbaren Wohnraum einsetzen	7
II. 5. Wir werden gemeinsam mit den Kommunen die Dienstleistungen des Kreises verbessern.	8
II. 6. Wir werden den Ausbau von Freizeitangeboten unterstützen	8
II. 7. Wir werden den Ausbau von Kunst- und Kulturangeboten unterstützen zum Beispiel durch die Schaffung eines Kulturnetzwerks.	8
II. 8. Wir werden die Qualität des ÖPNV-Angebots verbessern.	8
II. 9. Wir werden Familien und Seniorinnen/Senioren im ländlichen Raum den Zugang zu Bildungs- und Freizeitmöglichkeiten erleichtern	9
II. 10. Wir werden Natur und Landschaft schützen, um den Erholungsraum des Kreises zu stärken.	9
II. 11. Wir werden die ärztliche Versorgung im Kreis Segeberg sichern.	9
II. 12. Wir werden Demokratie und Bürgerbeteiligung fördern	10
II. 13. Wir werden Demokratie und Toleranz im Kreis fördern.	10
III. Wir wollen einen zukunftsorientierten Kreis Segeberg	10
III. 1. Wir werden uns im Kreis Segeberg für eine starke Wirtschaft mit sicheren Arbeitsplätzen und für eine tarifgetreue Bezahlung einsetzen.	10
III. 2. Wir werden durch qualifizierte Wirtschaftsförderung Arbeit schaffen	11
III. 3. Wir werden den Gesundheits- und Tourismusstandort sichern und ausbauen	11
III. 4. Wir werden keine Privatisierung der AKN zulassen	11
III. 5. Wir werden das Klimaschutzkonzept umsetzen	11
III. 6. Wir werden ein Energiekonzept entwickeln	11

Präambel

Unser politisches Handeln ist geprägt von 150 Jahren gelebter Sozialdemokratie. Die solidarische Gesellschaft ist unser Leitbild. Chancengleichheit, soziale Gerechtigkeit und Transparenz sind in unserem Leitbild der „Rote Faden“, an dem wir uns orientieren.

Entscheidungen, die wir treffen, bereiten wir im Dialog vor. Auf Augenhöhe werden wir Bürgerinnen und Bürger, ebenso wie Kommunen, Vereine und Verbände in unsere Planungen und Entscheidungsprozesse mit einbeziehen. Wir verstehen unser Handeln als gemeinsame Aufgabe des Kreises und der Kommunen, in dem wir das solidarische Zusammenleben in der „Kommunalen Familie“ als gemeinsames Ziel definieren.

Wir sind uns der Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern des Kreises Segeberg bewusst. Aus diesem Grund stellen wir unsere Ziele unter den Vorbehalt der Finanzierbarkeit. Haushaltskonsolidierung und Schuldenbremse setzen uns bei den anstehenden Aufgaben enge Grenzen. Einsparungen sind für uns nicht nur Selbstzweck und das unterscheidet uns von anderen Parteien. Verantwortungsbewusstes politisches Handeln unterliegt bei uns auch immer einem Sozialvorbehalt, den wir bei jeder Entscheidung prüfen werden.

Wir werden uns mit unserer sozialdemokratischen Kommunalpolitik den Herausforderungen einer sich wandelnden Gesellschaft stellen, für Chancengleichheit eintreten und keine Bürgerin und keinen Bürger, gleich welchen Alters oder Herkunft zurücklassen. Dies ist unsere Motivation als SPD in den Kommunen und im Kreis politisch zu gestalten:

Wir wollen einen familienfreundlichen, lebenswerten und zukunftsorientierten Kreis Segeberg.

I. Wir wollen einen familienfreundlichen Kreis Segeberg

Wir werden durch unsere Politik ein Lebensumfeld gestalten, in dem sich Familien gut aufgehoben fühlen und in dem die Gleichberechtigung von Frau und Mann verwirklicht wird.

Familie ist da wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen, sie sichert Zusammenhalt und Individualität.

Der Schutz von Familien, Jugendlichen und Kindern steht deshalb für uns an vorderster Stelle. Frühkindliche Bildung, Erziehung, Inklusion und Betreuung sind für uns gleichrangig und sind Voraussetzung für die Chancengerechtigkeit aller Kinder.

Bildung ist der wichtigste Baustein für ein selbstbestimmtes Leben und die elementare Basis für den Zusammenhalt unserer freiheitlich demokratischen Gesellschaft.

I. 1. Wir werden die Kommunen dabei unterstützen, ein ausreichendes, qualitativ hochwertiges und flexibles Angebot von Ganztagsbetreuung in Kitas und Schulen zu schaffen.

Wir setzen uns ein für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf als fester Bestandteil einer familienfreundlichen Gesellschaft.

Eine entscheidende Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist die Sicherstellung der Kinderbetreuung.

Wir wollen gut ausgestattete Kindertagesstätten und Schulen.

Wir setzen uns dafür ein, dass der Ausbau an Krippenplätzen weiter vorangetrieben wird. Bis zur Einführung des Rechtsanspruchs auf Betreuung im U3-Bereich werden wir die Kommunen dabei unterstützen, die notwendigen Betreuungsplätze einzurichten. Maßgeblich ist für uns dabei der tatsächliche Bedarf vor Ort und nicht ein bundeseinheitlicher Richtwert. Jedes Kind, das den Anspruch auf einen Betreuungsplatz wahrnehmen will, soll auch einen Platz bekommen. Gleiches gilt für Horteinrichtungen.

Dort, wo dies kurz- und mittelfristig nicht umsetzbar ist oder wo gegebenenfalls auch besondere Betreuungszeiträume abzudecken sind, werden wir uns für die Anwerbung und Ausbildung geeigneter Tagesmütter und -väter einsetzen. Dabei dürfen die erreichten Standards

nicht abgesenkt werden. Wir erwarten zudem ein höheres Maß an Engagement aus der Wirtschaft zum Beispiel durch die Einrichtung von Betriebskindertagesstätten. Wir unterstützen die Gleichstellungsbeauftragte des Kreises bei der Etablierung des Runden Tisches für Alleinerziehende und einer Stiftung zur Förderung von Kinderbetreuung in Rand- oder Ferienzeiten.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Fortbildungsförderung für Kita-Mitarbeiter von Kreisseite unterstützt wird; denn hervorragend qualifizierte Mitarbeiter sind der Schlüssel zur bestmöglichen frühkindlichen Bildung. Die regelmäßige Möglichkeit zur Weiterbildung ist Zeichen der Wertschätzung und verringert die Fluktuation von Kita-Personal in andere Bereiche. Wir wirken damit dem zu erwartenden Fachkräftemangel entgegen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Öffnungszeiten der Kindertagesstätten den tatsächlichen Bedürfnissen der Eltern angepasst werden können.

Wir setzen uns für hohe Standards bei Neubauten und beim Ausbau von Kitas ein.

Weder Kinder noch Personal dürfen mit suboptimalen Bedingungen konfrontiert werden.

Wir werden auch weiterhin eine sinnvolle Ergänzung der Kindertagesbetreuung durch Tagesmütter und -väter fördern, um eine optimale flächendeckende Versorgung sicherzustellen.

Wir wollen auch weiter das besondere ehrenamtliche Engagement von Eltern fördern.

Wir setzen uns für den Erhalt der Gymnasien (G8) ein.

Wir unterstützen die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen. Diese sind nachweislich am besten geeignet, den Bildungsbedarf unserer Jugend und die Anforderungen ihres künftigen Berufslebens zu erfüllen. Gemeinschaftsschulen bieten gerechtere Bildungschancen für Kinder aller Herkunftsbereiche. Sie ermöglichen ein längeres gemeinsames Lernen. Die Gemeinschaftsschulen sollen in aller Regel Ganztagschulen sein mit möglichst auch einer gymnasialen Oberstufe (G9). Das Schulsystem wird so leistungsstärker und sozial gerechter. Die Chancen der Schülerinnen und Schüler verbessern sich.

Alle allgemeinbildenden Schulen sollen Ganztagschulen sein.

Wir setzen uns für den Erhalt eines möglichst ortsnahen Schulangebots ein, auch bei rückläufigen Schülerzahlen. Dazu sind flexible Lösungen notwendig, beispielsweise Kooperationen im Bereich der Grundschulen und Oberstufen an Gemeinschaftsschulen.

Wir setzen uns ein für die optimale Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets an Schulen (zum Beispiel in Bezug auf Lernförderung).

Wir setzen uns ein für die Schaffung niedrigschwelliger Beratungsangebote für Schülerinnen und Schüler (zum Beispiel bei Mobbing, Suchtproblemen o.ä.).

Die Regionalen Berufsbildungszentren (BBZ) in Bad Segeberg und Norderstedt, die ehemaligen Kreisberufsschulen, sind ein wesentlicher Teil der Bildungslandschaft in unserem Kreis. Wir werden weiterhin alles daran setzen, um die Fachgymnasien an den berufsbildenden Schulen als alternativen Weg zum Abitur zu erhalten und Perspektiven für zukunftsfähige, neue Fachbereiche zu erschließen.

Die neue Rechtsform als Anstalt öffentlichen Rechts stärkt die Eigenständigkeit der beiden Schulen und ermöglicht vielfältige Kooperationsmöglichkeiten. Im Rahmen unserer Möglichkeiten im Verwaltungsrat der Schulen werden wir die Bildungszentren als Standortfaktoren für den Kreis weiter fördern. Notwendige Investitionen für Infrastruktur und Ausstattung haben deshalb für uns hohe Priorität.

Die Überbetriebliche Ausbildungsstätte (ÜAS) in Bad Segeberg bietet eine wichtige Ergänzung für die Berufliche Bildung im Kreis Segeberg zur Sicherung der Qualität von Ausbildungsangeboten vor Ort. Die Arbeit der ÜAS soll dabei weiter eng an das BBZ angebunden werden, um Synergieeffekte zu erzeugen.

Wir werden die Voraussetzungen dafür schaffen, dass dauerhafte Strukturen entstehen, die es allen Jugendlichen ermöglichen, die für sie passenden Ausbildungsplätze zu finden. Dafür soll die vorhandene Kompetenz bei den BBZ mit eingebunden werden und der Kreis eine kom-

munale Koordinierungsfunktion übernehmen, damit die bestehenden Träger weiterhin dieser wichtigen Aufgabe nachkommen können.

Wir werden im Sinne einer inklusiven Gesellschaft unsere Berufsbildungszentren dort, wo es notwendig ist, barrierefrei gestalten. Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, dass Jugendlichen mit Behinderung eine Perspektive alternativ zu Förderzentrum und Werkstatt für Menschen mit Behinderung (WfbM) geboten wird.

I. 2. Wir werden die Kommunen dabei unterstützen, schrittweise die Elternbeiträge für die Kitas abzuschaffen.

Wir setzen uns dafür ein, die Elternbeiträge für die Kindertagesstätten schrittweise abzuschaffen.

Wir stehen für eine konsequente Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes auch im Kita-Bereich. Kein Kind darf aufgrund von Elterneinkommen oder Herkunft von Angeboten ausgegrenzt werden.

I. 3. Wir werden die Eltern von der Beteiligung an den Schülerbeförderungskosten befreien.

Wir setzen uns für die Abschaffung von Bildungshürden ein, deshalb wollen wir die Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten rückgängig machen. Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein.

Wir wollen – wo nötig – eine Qualitätsverbesserung des bestehenden Schülerbeförderungskonzeptes und eine damit einhergehende Stärkung des ÖPNV.

Jeder Schüler und jede Schülerin muss die Möglichkeit erhalten, die nach der individuellen Begabung geeignete Schule in angemessener Zeit zu erreichen.

I. 4. Wir werden den Einsatz von Sozialpädagogen an allen allgemeinbildenden, beruflichen und Förderschulen erhalten und – bei Bedarf – ausbauen.

Wir werden als Schulträger der berufsbildenden Schulen (BBZ) auf Kreisebene die Ausstattung mit hauptamtlichen Sozialpädagogen weiter ausbauen.

Wir fordern die Schulträger auf, hauptamtliche Sozialpädagogen sowohl an den allgemeinbildenden als auch an den beruflichen und an den Förder- und Sonderschulen zu etablieren.

Wir sehen die Schulsozialarbeit von der Grundschule bis zu den weiterführenden Schulen auch als eine Aufgabe des Kreises – in gemeinsamer Arbeit und Finanzierung mit den Schulträgern.

I. 5. Wir werden die offene Jugendarbeit stärken

Wir werden politische Jugendverbände bei der Einrichtung eines Verbands politischer Jugend unterstützen. Wir werden die Idee von „Jugend im Kreistag“ aufwerten und ein Jugendparlament auf Kreisebene einrichten. Zudem werden wir Bildungsangebote zu demokratischen, politischen Abläufen fördern. Offene Jugendarbeit, den Kreisjugendring sowie die jugendfördernde Arbeit des Kreissportverbandes und seiner Vereine werden wir ebenso unterstützen. Volkshochschulen, den Verein für Jugend und Kulturarbeit (VJKA) und andere Weiterbildungseinrichtungen werden wir weiterhin fördern. Bestehende Jugendvolkshochschulen werden wir weiterentwickeln und helfen, neue einzurichten.

I. 6. Wir werden die Gründung von Bündnissen für Familien unterstützen.

Alle für die Bildung zuständigen Akteure müssen auf Basis verbindlicher Strukturen zusammenarbeiten: Familie, Kinder- und Jugendhilfe, Schule, Kultur, Sport und Wissenschaft.

■ Wir werden Eltern in alle Prozesse einbeziehen.

- Wir werden Familienbildungsstätten, Mehrgenerationenhäuser und Förderschulen weiterhin fördern.

I. 7. Wir werden familiengerechten Wohnraum fördern

Wir werden in Zusammenarbeit mit den Marktteilnehmern, insbesondere mit den in unserem Kreis engagierten Wohnungsbaugenossenschaften aber auch privaten Investoren ein Wohnraumkonzept entwickeln. Bedarfsgerechter, lebenswerter und vor allem bezahlbarer Wohnraum für Familien in allen Lebenssituationen muss durch zukunftsorientierte Quartiers- und Baugebietsentwicklungen gesichert werden.

II. Wir wollen einen lebenswerten Kreis Segeberg

II. 1. Wir wollen für Menschen da sein, die besondere Hilfe brauchen

Die Sozialdemokratie steht seit jeher an der Seite derjenigen, die auf Hilfe der Gesellschaft angewiesen sind. Dabei wollen wir präventiv handeln, um gesellschaftlichen Fehlentwicklungen vorzubeugen. Für uns gilt: Niemanden zurücklassen!

Kinder aus sozial schwachen oder bildungsfernen Elternhäusern brauchen besondere Unterstützung.

Dazu gehören Information und Beratung für die Erziehungsberechtigten, einschließlich Hausbesuche durch geschultes Fachpersonal sowie Angebote der frühkindlichen Förderung.

Direktes Zugehen auf Familien mit Unterstützungsbedarf ermöglicht einen sozialpädagogischen Handlungsspielraum, der von kurzfristiger Hilfestellung bis zum notwendigen Eingreifen staatlicher Institutionen reicht. Materielle Armut darf keine Stigmatisierung und Ausgrenzung zur Folge haben. Das fundamentale Versprechen sozialdemokratischer Politik ist Chancengleichheit und eine Biographie, die nicht von der Herkunft abhängt. Wir wollen dieses Versprechen für den Kreis Segeberg einlösen.

Armut betrifft aber nicht nur Menschen im Erwerbsalter. Durch die demografische Entwicklung gibt es immer mehr Menschen im hohen Lebensalter. Gleichzeitig erleben wir eine Ausweitung der Altersarmut. Dies ist ein gesellschaftliches Querschnittsthema, das ebenso große Aufmerksamkeit verdient wie die Förderung im ganz frühen Lebensalter. Auch im Kreis Segeberg ist in den letzten Jahren eine deutliche Zunahme der Armutsgefährdung im Seniorenalter festzustellen. Besonders betroffen sind Niedriglohnbeschäftigte, Minijobber, Menschen mit lückenhaften Erwerbsbiografien und viele Selbständige, die kaum in die Sozialkassen eingezahlt haben. Für uns steht fest, dass Altersarmut am wirksamsten durch gute Arbeit bekämpft werden kann. Deshalb setzen wir uns für die schnelle Umsetzung des Tariftreuegesetzes der neuen Landesregierung ein. Faire Bezahlung, Mindestlöhne und die Einschränkung von Minijobs müssen auf allen Ebenen der Politik verteidigt werden.

Dass wir immer älter werden wird von uns nicht als Problem, sondern als Chance verstanden. Es liegt an uns den dritten Lebensabschnitt sinnvoll und lebenswert zu gestalten. Für uns ist dabei besonders das selbstbestimmte Leben von Seniorinnen und Senioren entscheidend. Sie sollen längstmöglich in ihrer gewohnten Umgebung leben, deshalb gilt, dass ambulante Betreuung der stationären vorzuziehen ist. Eine Altenhilfeplanung muss mit den Betroffenen erarbeitet werden. Gleichzeitig wollen wir durch Heimbeiräte die Partizipation in Pflegeeinrichtungen stärken und so eine qualitativ hochwertige Versorgung in der stationären, teilstationären und ambulanten Pflege sicherstellen. Dem Kreis kommt dabei eine wichtige Beratungs-, Unterstützungs-, Aufsichts- und Steuerungsfunktion zu.

Wir setzen uns dafür ein, das vom Land, von den Pflegekassen und vom Kreis gemeinsam finanzierte Angebot eines Pflegestützpunktes mit fünf dezentralen Nebenstellen auszubauen. Pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen benötigen Rat und Hilfe vor Ort.

Eine weitere wichtige Gruppe ist die der Menschen mit Behinderung. Auch hier gilt für uns der Grundsatz der Selbstbestimmung, welcher beispielsweise durch die Umsetzung des persönlichen Budgets umgesetzt werden kann. Menschen mit Behinderungen sollen mit uns gemeinsam leben, lernen und arbeiten. Unsere Vision bleibt die einer inklusiven Gesellschaft. An diesem Ziel werden wir mit Betroffenen und Verantwortlichen auf allen Ebenen weiter arbeiten.

Besondere Förderung verdienen dabei die Bereiche der begleitenden Psychiatrie und die Einrichtung von Begegnungsstätten. Zudem werden wir Hilfen ausbauen, die eine ambulante Betreuung ermöglichen. Im Sinne unserer Grundsätze: Inklusion statt Verdrängung und Selbstbestimmung statt Bevormundung.

Inklusion gilt auch für Menschen mit Migrationshintergrund. Sie sollen mehr als bisher dazugehören und eingebunden werden. Dabei verstehen wir den „nationalen Integrationsplan“ als Aufforderung, uns in allen Politikfeldern mit Integrationsfragen zu beschäftigen und dieses als dauerhafte Aufgabe zu begreifen. Als Einwanderungsland müssen wir noch offener und hilfsbereiter sein. Um konkret und vor Ort zu helfen, werden wir mit den Städten und Gemeinden ein lokales Integrationskonzept für den Kreis Segeberg erarbeiten. Zu den Menschen, die hierher kommen und Hilfe benötigen gehören auch die Asylsuchenden. Wir werden eine menschenwürdige Unterbringung im Kreis Segeberg endlich umsetzen und dabei auf dezentrale Lösungen in den einzelnen Kommunen setzen. Gemeinsam mit ihnen wollen wir beraten wo die fehlenden Plätze geschaffen werden können, die unter anderem durch die Schließung der Einrichtung in Wittenborn wegfielen. Die Asylbewerberunterkunft in Schackendorf wird saniert werden, um den Bewohnerinnen und Bewohnern würdige Bedingungen während ihres Aufenthaltes zu gewährleisten.

II. 2. Wir werden – verteilt über den Kreis – Beratungszentren einrichten für Menschen, die Unterstützung für ein selbstbestimmtes Leben benötigen

In unserer Gesellschaft sind Menschen aus unterschiedlichen Gründen benachteiligt – diese wollen wir mitnehmen.

Der Kreis ist verantwortlich für die Eingliederungshilfe vor Ort. Er bietet zusammen mit seinen Partnern, den gemeinnützigen Wohlfahrtsorganisationen, ein breites Spektrum von Hilfen an.

Wir setzen uns weiterhin für eine landesweite vertragliche Absicherung dieser Leistungen ein. Zu den Hilfen zählen zum Beispiel:

- Beratungsstellen für Suchtgefährdete, Suchtkranke und deren Angehörige
- Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen
- Kreisweite Migrationssozialberatung
- Offene Hilfsangebote (Begegnungsstätten) für psychisch belastete Menschen
- Wohn- und Arbeitsangebote für Menschen mit Behinderungen
- Integrationshilfen für Menschen mit Behinderungen in den ersten Arbeitsmarkt
- Schulbegleitungen für Kinder mit Entwicklungsdefiziten
- Einzelförderung zum Beispiel in der Frühförderung.

Auch hier gilt für uns: Betroffene einbeziehen, nicht für sie planen, sondern mit ihnen.

Wir werden die Arbeit des „Kreisbeauftragten für Menschen mit Behinderungen“ weiter unterstützen.

Wir werden gemeinsam mit den Kommunen kommunale Konzepte entwickeln und umsetzen, in denen die Aktivitäten der Träger freier Wohlfahrtspflege, der Kirchen, ehrenamtlichen Organisationen, der örtlichen Wirtschaft und der Bildungsträger koordiniert werden. Hier muss auch die Arbeit von Selbsthilfegruppen eingebunden werden, dazu unterstützen wir die Einrichtung einer kommunalen Integrationsstelle für Selbsthilfe (KISS).

Damit wird erreicht, dass auch Menschen aus uns fremden Kulturkreisen sich aktiv an unserem gesellschaftlichen Leben beteiligen können. Die hierfür benötigten Finanzmittel werden wir bereitstellen.

Wir werden das bereits bestehende Angebot zum Schutz von Kindern und zur Beratung ihrer Erziehungsberechtigten verbessern und wirksamer gestalten.

Früherkennungsuntersuchungen, frühe Hilfen und soziale Frühwarnsysteme – insbesondere für Familien in schwierigen Lebenslagen – erhalten durch Vernetzung von Jugendhilfe, Jugendamt, Kinderschutzbund, Familienbildungsstätten, Polizei, Justiz und Schule eine höhere Verbindlichkeit.

Unser Ziel ist es, Anzeichen von Kindeswohlgefährdung früher wahrzunehmen und dann schneller zu handeln, auch durch verbesserte Kooperation und lokale Vernetzung der verschiedenen Hilfen und Frühwarnsystemen. Die Teilnahme an Früherkennungsuntersuchungen zum Beispiel muss durch verbindliche Einladungen sichergestellt werden.

Die Gleichstellung aller Geschlechter ist für uns ein wichtiges Thema, das wir auch als Querschnittsaufgabe im Kreis verstehen. Ausfinanzierte Frauenberatungsstellen, Frauennotrufe und ein gut ausgestattetes Frauenhaus in Norderstedt sind für uns eine Grundvoraussetzung für ein frauenfreundliches Lebensumfeld im Kreis Segeberg. Insbesondere bei den Frauenhäusern setzen wir uns für eine gemeinsam mit Hamburg zu vereinbarende länderübergreifende Finanzierung ein. Konkret werden wir pro familia auf Projektbasis bei der Bereitstellung von Verhütungsmitteln für sozial Bedürftige finanziell unterstützen. Wir unterstützen die Gleichstellungsbeauftragte des Kreises in ihrer wichtigen Arbeit für Verwaltung und EinwohnerInnen und werden ihre Rolle stärken. Besonderes Augenmerk werden wir dabei auf die Schaffung von frauenfreundlichen Arbeitsbedingungen im Kreis Segeberg legen.

II. 3. Wir werden uns der Veränderung durch die demographische Entwicklung stellen

In unserer älter werdenden Gesellschaft werden Gesundheit, Gesundheitsversorgung und persönliche Vorsorge eine völlig neue Bedeutung erhalten und immer wichtiger sowohl für den Einzelnen als auch für unsere Solidargemeinschaft. Die Zahl der älter werdenden Menschen, der an Demenz erkrankten und der Menschen mit Behinderungen wird in den nächsten Jahren weiter ansteigen. Ebenso steigt die Zahl der durch Armut ausgegrenzten und durch Migrationshintergrund benachteiligten MitbürgerInnen.

Dieses ist eine besondere Herausforderung für Städte wie für den ländlichen Raum und seiner im Wandel begriffenen Infrastruktur.

Wir setzen uns deshalb für einen „Masterplan Demografie“ ein, der nach dem Vorbild der sozialraumorientierten Planung eine umfassende Bedarfsanalyse zu diesen Themen erstellt und Lösungsvorschläge für alle infrastrukturellen Problembereiche erarbeitet.

In einer immer älter werdenden Gesellschaft werden wir die Beteiligung von Seniorinnen und Senioren an den politischen Prozessen stärken, die Arbeit der Ortsseniorenbeiräte und des Kreissenorenbeirates unterstützen und die Selbstbestimmung der älteren Generation fördern.

Deshalb sind Wohnen, Gesundheit und Verkehr Bereiche, in denen ausreichend alters- und behindertengerechte Infrastrukturen geschaffen und vorgehalten werden müssen.

II. 4. Wir werden uns für bezahlbaren Wohnraum einsetzen

Lebenswerter, bedarfsgerechter und bezahlbarer Wohnraum muss für alle Altersgruppen in ausreichender Anzahl verfügbar sein. Barrierefreier Wohnraum solle ein selbstbestimmtes Leben bis ins hohe Alter ermöglichen. Alternative, moderne Wohnkonzepte für Seniorinnen und Senioren und junge Familien wie zum Beispiel Mehrgenerationen-Projekte und Pflege-Wohngemeinschaften sollen das Zusammenleben von Alt und Jung in unserem Kreis bereichern. Ergänzt durch kreative Angebote unterschiedlicher Träger soll der sozialen Isolierung und Vereinsamung älterer Menschen und der zunehmenden Distanz zwischen den Generationen begegnet werden.

II. 5. Wir werden gemeinsam mit den Kommunen die Dienstleistungen des Kreises verbessern.

Wir wollen eine einwohnernahe Verwaltung, die ihrer Verantwortung für die Zukunft gerecht wird und unsere natürlichen Lebensgrundlagen vorbildlich schützt. Dafür werden wir die finanziellen und personellen notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellen.

Die Kreisfeuerwehrzentrale und der Kreisfeuerwehrverband sollen ausreichende Mittel erhalten. Damit wird die zentrale Unterstützung für den Brandschutz und Katastrophenschutz sichergestellt. Die gemeindlichen Feuerwehren werden nach Aufgabenschwerpunkten unterstützt. Brandschutzerziehung und Brandschutzaufklärung in Kindergärten und Schulen sollen noch mehr Aufmerksamkeit erhalten.

Wir werden einen finanziellen und rechtlichen Rahmen schaffen, der eine erweiterte Zusammenarbeit zwischen Kreis und Kommune ermöglicht.

II. 6. Wir werden den Ausbau von Freizeitangeboten unterstützen

Wir setzen uns ein für gut ausgestattete Sporteinrichtungen und für ein flächendeckendes breites Angebot für die Freizeitgestaltung. Dazu werden wir ein Sportstättenkataster erstellen und umsetzen.

Wir werden die Fort- und Weiterbildung ehrenamtlicher Übungsleiter durch die Kreisjugendakademie ausbauen und unterstützen um zum Beispiel mehr Bewegungs- und Gesundheitsförderung in den Sport- und Freizeitangeboten einzubringen.

II. 7. Wir werden den Ausbau von Kunst- und Kulturangeboten unterstützen zum Beispiel durch die Schaffung eines Kulturnetzwerks

Die Vielfalt kultureller Angebote in den Kommunen werden wir auch bei knapper werdenden finanziellen Ressourcen erhalten und nach Möglichkeit erweitern.

Der Verein für Kinder- und Jugendarbeit (VJKA), insbesondere die Kreismusikschule, leistet einen wesentlichen Beitrag zur musischen Erziehung von Kindern und Jugendlichen im Kreis. Diese erfolgreiche Arbeit werden wir weiterhin unterstützen und finanziell absichern.

Den Bestand an Standortbüchereien und die Fahrbücherei werden wir erhalten und, wo Bedarf besteht, ausbauen.

Die Volkshochschullandschaft im Kreis Segeberg leistet einen wichtigen Beitrag zur freizeithlichen Bildung in der Region und ist elementar für einen kulturell starken Kreis Segeberg. Wir werden die Volkshochschulen im Kreis weiterhin in ihrer Arbeit unterstützen.

II. 8. Wir werden die Qualität des ÖPNV-Angebots verbessern

Der ÖPNV steht vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung vor großen Herausforderungen:

Er ist derzeit übermäßig auf die Schülerbeförderung ausgerichtet. Bei zurückgehenden Schülerzahlen und um den ÖPNV insgesamt attraktiver zu machen, wird hier eine Umsteuerung nötig sein.

Die demografische Entwicklung führt zu zurückgehenden Bevölkerungszahlen bei einem steigenden Anstieg älterer Menschen, die auf einen leistungsstärkeren ÖPNV angewiesen sind. Gleichzeitig werden die Wege zu Versorgungseinrichtungen (Einkaufsmöglichkeiten, medizinische Versorgung) im ländlichen Raum möglicherweise länger.

Die wachsende Kundengruppe der älteren Menschen stellt besondere Anforderungen an den ÖPNV, nicht nur im Hinblick auf die Infrastruktur (Barrierefreiheit und Zugänglichkeit), sondern auch mit Blick auf Kommunikation, Fahrscheinkauf und individuellen Service. Der ÖPNV der Zukunft muss finanzierbar sein für die Nutzer und für die kommunalen Gebietskörperschaften als Aufgabenträger.

Das vorhandene ÖPNV-Angebot muss weiter vernetzt werden, auch über die Kreisgrenzen hinweg, um einerseits Kosten zu minimieren und andererseits ein bestmögliches Angebot zu ermöglichen.

Basis des ÖPNV in der Region bleiben die Linienverkehre von Bus und Bahn.

Wichtige zusätzliche Angebote sind, zum Beispiel Rufbus, Taxi- und Mietwagen, Anrufsammeltaxis, Veranstaltungstaxis, als auch selbstorganisierte Mobilität durch Nachbarschaftshilfe, wie zum Beispiel Fahrgemeinschaften, Mitfahrgelegenheiten, Bürgerbus.

Zur Organisation nachfrageorientierter Angebote ist eine Vernetzungsstrategie erforderlich, die im Rahmen eines Mobilitätskonzeptes sowohl für den ÖPNV als auch für selbst organisierte Mobilität (miv) zum Beispiel regionale mobilitätszentralen zu entwickeln sein wird.

Unser Ziel ist es, einen bedarfsgerechten ÖPNV zu finanzieren, zu dessen Aufgabe es auch gehört, Schülerinnen und Schüler zur Schule zu bringen.

Wir werden die Kreismittel zur Sicherstellung des ÖPNV effizienter einsetzen und gegebenenfalls erhöhen.

Ein verbessertes und erweitertes Angebot wird zu mehr Fahrgästen und damit auch zu vermehrten Einnahmen führen.

Das Gesamtkonzept leistet damit einen Beitrag zur Entlastung der Straßen sowie einen Beitrag zum Klimaschutz und dem Erhalt der Umwelt.

II. 9. Wir werden Familien und Seniorinnen/Senioren im ländlichen Raum den Zugang zu Bildungs- und Freizeitmöglichkeiten erleichtern

Der Bund und insbesondere die Länder sind weiterhin gefordert, einen verlässlichen rechtlichen und finanziellen Rahmen zu schaffen, der vielfältige Mobilität im ländlichen Raum und einen besseren öffentlichen Nahverkehr ermöglicht.

Nur so kann eine Teilhabe an kulturellen, Bildungs- und Freizeitveranstaltungen für BewohnerInnen des ländlichen Raums gewährleistet sein. Dazu werden wir u.a. Einrichtungen wie Fahrbücherei und Tourneetheater bzw. Wanderbühnen unterstützen.

II. 10. Wir werden Natur und Landschaft schützen, um den Erholungsraum des Kreises zu stärken.

Wir werden die landschaftliche Attraktivität unseres Kreises schützen und pflegen. Die Vielfalt (Geest -, Knick- oder Moränenlandschaft) einerseits und der Naherholungswert andererseits innerhalb der Metropolregion sind für uns von unschätzbarem Wert.

Wir werden dafür Sorge tragen, dass die Vorgaben des Landes zum Naturschutz und zur Landschaftspflege durch den Einsatz der Ersatzzahlungen aus dem Windenergieausbau bestmöglich umgesetzt werden.

Wir werden uns für die Vermehrung und ökologische Aufwertung der Biotopflächen in Absprache mit der Kreisjägerschaft und den Naturschutzverbänden, die Schaffung einer Baumschutzverordnung und eines Agrarkatasters einsetzen.

II. 11. Wir werden die ärztliche Versorgung im Kreis Segeberg sichern

Die ambulante und stationäre Versorgung unserer Bevölkerung in einem eher ländlich geprägten Kreis muss sichergestellt und seitens des Kreises unterstützt werden. Diese lebenswichtigen Bereiche einer kommunalen Infrastruktur dürfen nichtprivaten Wirtschaftsinteressen und Renditeerwartungen unterworfen werden.

Wir fordern von der Kassenärztlichen Vereinigung, dass sie in Zukunft frühzeitig und offensiv auf den Kreis zugeht, um bestehende oder sich anbahnende Versorgungslücken gemeinsam zu erkennen und mit geeigneten Gegenmaßnahmen zu schließen. Die Schaffung von Kommunalen Gesundheitszentren ist für uns dabei ein Baustein.

II. 12. Wir werden Demokratie und Bürgerbeteiligung fördern

Wir setzen uns für eine bessere Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner an politischen Entscheidungen im Kreis ein. Wir werden die Arbeit der politischen Gremien des Kreises daher transparenter gestalten und neue Formen der Beteiligung von Einwohnerinnen und Einwohner finden, zum Beispiel durch die Einführung eines Bürgerhaushaltes. Ein entsprechendes Angebot im Internet ist dabei ein wesentlicher Weg zu mehr Teilhabe.

II. 13. Wir werden Demokratie und Toleranz im Kreis fördern

Wir stellen uns weiter aktiv gegen rechtsradikale Tendenzen im Kreis Segeberg und gehen mit allen rechtsstaatlichen und gesellschaftlich legitimen Mitteln dagegen vor. Im Mittelpunkt unserer Bemühungen steht dabei die Prävention, die auch das Ziel haben soll, sich gegen Alltagsrassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit aller Art zu richten. Mit dem Kreisjugendring und dem Verein für Jugend- und Kulturarbeit entwickeln wir ein Projekt zur Demokratieförderung bei Jugendlichen. Wir setzen uns für die Schaffung eines/einer ehrenamtlichen Beauftragten beim Kreis ein, der vor allem Gemeinden und Schulen unterstützt, solchen Entwicklungen schon im Vorfeld entgegenzutreten und sie im Umgang mit gegebenenfalls auftretenden Fällen berät. Wir fördern Initiativen im Kreis, die sich für Demokratie und Toleranz und gegen Rechtsradikalismus einsetzen. Wir unterstützen die Gründung eines kreisweiten, antirassistischen Bündnisses, wie es in anderen Kreisen bereits besteht.

III. Wir wollen einen zukunftsorientierten Kreis Segeberg

III. 1. Wir werden uns im Kreis Segeberg für eine starke Wirtschaft mit sicheren Arbeitsplätzen und für eine tarifgetreue Bezahlung einsetzen

Den Kreis Segeberg in der Metropolregion Hamburg zeichnet eine sehr hohe Wirtschaftskraft aus. Die Entwicklung im Spannungsfeld zwischen der Metropolregion, der Kiel-Region mit dem Zentrum Kiel im Norden und dem Hanse-Belt mit dem Zentrum Lübeck bietet gute Zukunftschancen.

Wir wollen im europäischen Wettbewerb bestehen. Wirtschaftspolitik muss deshalb in „Regionen“ gedacht werden.

Wir werden die Zusammenarbeit in Südholstein über die Kreisgrenzen hinweg weiter ausbauen.

Wir fordern und fördern die politischen Rahmenbedingungen für

- sozialversicherungspflichtige, familienfreundliche Arbeitsplätze in umweltfreundlichen Betrieben,
- Bündnisse für Arbeit und Ausbildung auf regionaler Ebene,
- die Entwicklung von Beschäftigungskonzepten mit Wirtschaftsverbänden, Arbeitsamt und den Kammern,
- Konzepte für lebenslanges Lernen, um Arbeitsplätze zukunftssicher zu machen,
- die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen besonders in öffentlichen Verwaltungen,
- die landwirtschaftlichen Direktvermarkter,
- die Standorte des regionalen Bildungs- und Berufszentrum (BBZ) Bad Segeberg und des BBZ Norderstedt um sie leistungsfähig zu erhalten.

Wir werden den Ausbau des Breitband- und Funktelefonnetzes vorantreiben, um auch für den ländlichen Raum des Kreises Grundlage zur wirtschaftlichen Stärkung zu schaffen.

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung geht es darum, verstärkt für junge Menschen durch gute (Aus-)Bildung die beruflichen Startchancen und für Familien die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erleichtern.

In den Unternehmen müssen Bedingungen erreicht werden, die es erlauben, dass ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen länger beschäftigt werden können und dass mit besonderen Teilzeitangeboten den individuellen Bedürfnissen der Beschäftigten entsprochen werden kann.

Die verantwortlichen Arbeitsmarktakteure sollen mehr Einfluss auf die Ausgestaltung der Arbeitsmöglichkeiten nehmen können.

Langzeitarbeitslosigkeit und die damit verbundene finanzielle Not belasten zunehmend Familien und können langfristig zu Altersarmut führen.

Bei Vergabe von öffentlichen Aufträgen/Zuschüssen durch den Kreis Segeberg muss das neue Tarifreuegesetz zur Anwendung kommen und bei Auftragsvergaben durch die Kreisverwaltung kontrolliert werden.

III. 2. Wir werden durch qualifizierte Wirtschaftsförderung Arbeit schaffen

Durch gezielte und qualifizierte Wirtschaftsförderung werden wir neue Unternehmen für den Kreis gewinnen und schon ansässige unterstützen. Dadurch schaffen und erhalten wir Arbeitsplätze in unserer Region.

Wir wollen gemeinsam mit der Wirtschaft Möglichkeiten schaffen zur weiteren Qualifizierung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Wir werden Einrichtungen zur Fortbildung von Jungunternehmerinnen und Jungunternehmern unterstützen.

III. 3. Wir werden den Gesundheits- und Tourismusstandort sichern und ausbauen

Wir werden den Kreis Segeberg als Gesundheitsstandort stärken bzw. weiterentwickeln.

Wir werden den Ausbau des Tourismus' vor allem im Osten des Kreises unterstützen und die dafür nötige Infrastruktur schaffen.

III. 4. Wir werden keine Privatisierung der AKN zulassen

Immer wieder wurde in der Vergangenheit der Versuch gemacht, die AKN zu privatisieren, um einmalig Geld in die Kasse zu bekommen.

Wir werden nicht akzeptieren, dass das Land seine Pflicht zur Daseinsvorsorge im ÖPNV aufgibt, deshalb lehnen wir eine Privatisierung der AKN ab.

III. 5. Wir werden das Klimaschutzkonzept umsetzen

Wir werden das in der letzten Wahlperiode im Kreis Segeberg bereits erarbeitete Klimaschutzkonzept umsetzen.

III. 6. Wir werden ein Energiekonzept entwickeln

Wir werden für den Kreis ein Energiekonzept entwickeln und eine Beratungsstelle schaffen für unsere Kommunen, um sie bei der Entwicklung eigener Energie- und Umweltkonzepte zu unterstützen.